

Dresdner Nachrichten

Geegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verlagsnummer: 25241
Für die Redaktion: Nr. 20011
Schiffstraße 1, Hauptbahnhof
Dresden - K. 1, Telefon 2142

Bezugspreis: Bei halbjährlicher Bestellung monatlich 2.50 RM. (einschließlich 10 Pf. für Postgebühren), bei vierteljährlicher Bestellung 3.50 RM. (einschließlich 10 Pf. für Postgebühren) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Sachsens 15 Pf. Anzeigenpreis: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärtige 40 Pf., die 30 mm breite Zeile 30 Pf., 40 mm 35 Pf., 50 mm 40 Pf., 60 mm 45 Pf., 70 mm 50 Pf., 80 mm 55 Pf., 90 mm 60 Pf., 100 mm 65 Pf., 110 mm 70 Pf., 120 mm 75 Pf., 130 mm 80 Pf., 140 mm 85 Pf., 150 mm 90 Pf., 160 mm 95 Pf., 170 mm 100 Pf., 180 mm 105 Pf., 190 mm 110 Pf., 200 mm 115 Pf., 210 mm 120 Pf., 220 mm 125 Pf., 230 mm 130 Pf., 240 mm 135 Pf., 250 mm 140 Pf., 260 mm 145 Pf., 270 mm 150 Pf., 280 mm 155 Pf., 290 mm 160 Pf., 300 mm 165 Pf., 310 mm 170 Pf., 320 mm 175 Pf., 330 mm 180 Pf., 340 mm 185 Pf., 350 mm 190 Pf., 360 mm 195 Pf., 370 mm 200 Pf., 380 mm 205 Pf., 390 mm 210 Pf., 400 mm 215 Pf., 410 mm 220 Pf., 420 mm 225 Pf., 430 mm 230 Pf., 440 mm 235 Pf., 450 mm 240 Pf., 460 mm 245 Pf., 470 mm 250 Pf., 480 mm 255 Pf., 490 mm 260 Pf., 500 mm 265 Pf., 510 mm 270 Pf., 520 mm 275 Pf., 530 mm 280 Pf., 540 mm 285 Pf., 550 mm 290 Pf., 560 mm 295 Pf., 570 mm 300 Pf., 580 mm 305 Pf., 590 mm 310 Pf., 600 mm 315 Pf., 610 mm 320 Pf., 620 mm 325 Pf., 630 mm 330 Pf., 640 mm 335 Pf., 650 mm 340 Pf., 660 mm 345 Pf., 670 mm 350 Pf., 680 mm 355 Pf., 690 mm 360 Pf., 700 mm 365 Pf., 710 mm 370 Pf., 720 mm 375 Pf., 730 mm 380 Pf., 740 mm 385 Pf., 750 mm 390 Pf., 760 mm 395 Pf., 770 mm 400 Pf., 780 mm 405 Pf., 790 mm 410 Pf., 800 mm 415 Pf., 810 mm 420 Pf., 820 mm 425 Pf., 830 mm 430 Pf., 840 mm 435 Pf., 850 mm 440 Pf., 860 mm 445 Pf., 870 mm 450 Pf., 880 mm 455 Pf., 890 mm 460 Pf., 900 mm 465 Pf., 910 mm 470 Pf., 920 mm 475 Pf., 930 mm 480 Pf., 940 mm 485 Pf., 950 mm 490 Pf., 960 mm 495 Pf., 970 mm 500 Pf., 980 mm 505 Pf., 990 mm 510 Pf., 1000 mm 515 Pf.

Dresdner Verlag: Leipzig & Weidmann, Dresden, Postfach 110, 1008 Dresden
Kaufpreis nur mit briefl. Bestellung
(Dresden, Sachs.) zuzüglich 10% für Porto
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Sardien's Donaupolitik in der Sadgasse

Bier-Mächte-Besprechungen in Genf beschlossen

Genf, 17. März. Die Besprechungen, die auf Anregung Sardien's über die Pläne einer Wirtschaftshilfe für die Donauländer hier in Genf zwischen den Vertretern einzelner an der Frage interessierter Länder in diesen Tagen stattgefunden haben, sind größtenteils abgeschlossen. Als vorläufiges Ergebnis darf festgestellt werden, daß man sich nunmehr entschlossen hat, die Frage auf diplomatischem Wege weiter zu behandeln mit dem Ziel, daß zunächst einmal die vier interessierten europäischen Großmächte — Deutschland, Frankreich, Italien und England — zu einer Vereinbarung zu kommen suchen. — Das bedeutet, daß Sardien's Absicht, die fünf beteiligten Donauländer — Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Südbanien und Rumänien — unter seiner Führung unter sich zu einer Einigung über ein System gegenseitiger Vorzugsrechte kommen zu lassen, zunächst am Widerstand Deutschlands und Italiens scheitert ist. — Die Frage einer finanziellen Hilfsaktion, eventuell auf dem Wege einer Währungsunion, wird zur Zeit erörtert. Sie dürfte im Rahmen mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes, das zur Zeit in Paris tagt, weiter behandelt werden.

Ministerialdirektor Dr. Pöhl und Legationsrat v. Heeren hatten heute nachmittag eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Lardieu.

Italien billigt die deutsche Einstellung

Rom, 17. März. Die deutsche Antwort auf den französischen Donauplan findet in der italienischen Öffentlichkeit große Beachtung und Zustimmung. Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ hebt hervor, daß die praktische Vorschläge der Reichsregierung ganz mit der Antwort Italiens übereinstimmen. Es liegt im Interesse der Donauländer selbst, in ihre Verhandlungen von Anfang an die wichtigsten Abnehmerländer, Frankreich, Italien, England und Deutschland, einzuschalten.

Zanussi verhöhnt die Unterzeichnermächte

Rom, 17. März. Der italienische Außenminister Zanussi äußerte sich Donnerstagnachmittag zu Vertretern der in- und ausländischen Presse über die Memelfrage. Er bestritt energisch, daß ihm von einem in der deutschen Presse viel erörterten Schritt der Unterzeichnermächte etwas bekannt sei.

Als zur Stunde habe die litauische Regierung weder eine Note noch einen Hinweis erhalten. Er nehme daher an, daß es sich bei diesen Veröffentlichungen entweder um eine Provokation oder einen Verleumdungsbruch handle, durch die die Stimmung der „Deutschländer“ im Memelgebiet gehoben werden solle.

Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Memelstatuts könnten die Unterzeichnermächte höchstens an Litauen mit der Bitte um Aufklärung herantreten. Selbst eine Auflösung des Landtages dürfte zu einer Meinungsverschiedenheit mit den Unterzeichnermächten nicht mehr führen, da diese diesbezügliche Hinweise im Völkerbundrat ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen hätten. Der Fall dürfte eher müsse von den übrigen Memelfragen getrennt werden.

Falls der Landtag dem Direktorium das Mißtrauen aussprechen sollte, würde es schwer sein, mit einem solchen Landtag weiter zu verhandeln.

Was dann mit dem Landtag geschehen würde, könne sich jeder selbst vorstellen. Im übrigen erklärte Zanussi, daß alle Maßnahmen, die im Rahmen des Statuts lägen, eine rein litauische Angelegenheit seien.

Deutscher Memelschritt in London

London, 17. März. Der deutsche Geschäftsträger Graf Bernstorff hat am Donnerstag im englischen Außenministerium die ersten Auffassungen der Reichsregierung über die Lage im Memelland zum Ausdruck gebracht.

Hoover gegen Kriegsschuldennachlaß

Washington, 17. März. Senator Reed, der ermächtigt worden ist, auf das schärfste zu dementieren, daß die Regierung die Kriegsschuldenerregung neuerdings zu behandeln wünsche, hatte darüber eine Aussprache mit dem früheren Schatzsekretär Senator Glah. Reed erklärte, Hoover wünsche keinen Kriegsschuldennachlaß. Was meinte er darauf, es könnten Umstände eintreten — wenn sie nicht schon eingetreten sind — die es in Amerikas eigenem Interesse zwangsläufig mit sich bringen würden, daß die Kriegsschuldenerregung einer Revision unterzogen werde. Nehmen Sie an, sagte er, daß die europäischen Staaten glatt erklären, sie können nicht zahlen, was würden Sie dann tun? Würden Sie diese Erklärung akzeptieren oder würden Sie sie mit einem Krieg beantworten? „Krieg selbstverständlich ausgeschlossen!“ war die spontane Antwort Reeds.

Englands Abordnung für Lausanne

London, 17. März. MacDonald gab am Donnerstag im Unterhaus die Zusammenfassung der englischen Abordnung für die Lausanner Konferenz wie folgt bekannt: Ministerpräsident MacDonald, Außenminister Simon, Schatzkanzler Neville Chamberlain und Handelsminister Hume.

Reichsregierung verfügt Osterburgfrieden

Beschärfung der Polizeizensur für Plakate und Flugblätter

Berlin, 17. März. Amtlich wird mitgeteilt: Auf Anregung der Oberbehörden der evangelischen und der katholischen Kirche hat der Herr Reichspräsident eine Verordnung erlassen, durch die — ähnlich wie es für die Wahlkampfzeit durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 geschehen ist — auch für die Osterzeit das innerpolitische Verbot der politischen Versammlungen und keine politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel stattfinden.

Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugchriften politischen Inhalts verboten.

Die Reichsregierung ist nicht gewillt, die in den letzten Wochen beobachtete maßlose Verhöhnung durch Flugblätter, die in den Häusern verteilt worden sind, noch weiterhin zu dulden. Nach den bisher geltenden Vorschriften der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 brauchen nur solche Plakate und Flugblätter politischen Inhalts der Polizei zur vorherigen Kenntnisnahme mitgeteilt zu werden, die an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen angebracht, ausgestellt, verbreitet oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Nunmehr ist diese Vorschrift dahin ergänzt worden, daß die Vorzensurpflicht auf alle Plakate und Flugblätter politischen Inhalts ausgedehnt ist, die in irgendeiner Art, also auch durch Verteilung in den Häusern, öffentlich verbreitet werden.

Für die Aktion zur Reichspräsidentenwahl werden nach Ablauf des Wurfriedens nur noch sechs Tage zur Verfügung stehen. Die Regierung glaubt jedoch, wie unsere

Berliner Schriftleitung meldet, damit rechnen zu können, daß alle Vorbereitungen bis dahin so abgeschlossen seien, daß der eigentliche Wahlkampf in wenigen Tagen durchgeführt werden könne. Schon heute steht nach Mitteilungen der Berliner Regierungspresse fest, daß sich der Reichstagsleiter und die Reichsminister ebenso wie beim ersten Wahlgang auch eifrig an der Wahlpropaganda für den zweiten Wahlgang beteiligen werden.

Das Kabinett genehmigte in seiner heutigen Sitzung neben anderen kleineren Vorlagen die Sentung der Plezette in der Form, wie sie unlängst vom Reichsrat beschlossen wurde.

Die Arbeiten des Reichsrats

Berlin, 17. März. Im Reichsrat verabschiedete sich am Donnerstag der sächsische Ministerialdirektor Dr. Voelckh-Destler, der einem Ruf als Professor für öffentliches Recht an die Universität Kiel folgt. Er gab dabei dem Wunsch Ausdruck, daß der Reichsrat recht bald die Reichsreform in Angriff nehmen könne.

Außer einigen kleinen Verordnungen genehmigte der Reichsrat dann die Verordnung über Handelsklassen für Hühnererzeuger. Sie soll die deutschen Geflügelhalter zur Erzeugung hochwertiger Eier erziehen und sie dadurch konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt machen.

Ferner genehmigte der Reichsrat die Verordnung zur Vereinfachung und Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung.

Auf Vorschlag des Vorstandes der Versicherungsanstalt erweitert diese Verordnung die Zuständigkeit des Vorstandes auf Kosten des Verwaltungsrates. Ferner vermindert sie die Zahl der Mitglieder des Vorstandes, des Verwaltungsrates, der Verwaltungsausschüsse, der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter. Eine materielle Reform der Versicherung ist von der Verordnung nicht beabsichtigt.

Schließlich stimmte der Reichsrat auch der Ausprägung von Drei- und Fünfmarkstücken mit dem Bildnis Voelckhs zu.

Donau-Pläne

Wenn man den Mißerfolg der eigenartigen Bemühungen Sardien's beobachtet, die Nachfolgestaaten der Dabburger Monarchie in einem Wirtschaftsblock unter französischer Oberaufsicht zusammenzuschließen, und an das Schicksal zurückdenkt, das Frankreich im vorigen Jahre dem Plane einer deutsch-österreichischen Zollunion bereitet hat, dann möchte man glauben, daß es doch noch so etwas wie ausgleichende Gerechtigkeit in der Politik gibt. Auf Grund der bisherigen Verhandlungen und der nunmehr vorliegenden Stellungnahme aller beteiligten und interessierten Länder ist es nicht gewagt, zu prophezeien, daß Sardien's „Donauföderation“ an der Macht der wirtschaftlichen Tatsachen ebenso scheitern wird wie Brlands „Konstruktionsplan“, der ja nur zur Torpedierung der natürlichen Lösung der Donaufrage durch den deutsch-österreichischen Zusammenschluß konstruiert wurde. Aber wenn uns auch die Tatsache, daß das französische Intrigenpiel unüberwindliche Schwierigkeiten stiftet, mit Genugtuung erfüllen kann, so darf doch nicht übersehen werden, daß Österreich inzwischen zum Opfer dieser politischen Manöver geworden ist. Die Unmöglichkeit seiner wirtschaftlichen Existenz auf dem verengten Raum ist nun seit Jahren nachgewiesen. Auch die Mächte, die seinerzeit unter dem Eindruck des Krieges dieses unglückliche Gebilde geschaffen haben, sind sich im klaren darüber. Sie haben zunächst versucht, mit Ansehen durch Vermittlung des Völkerbundes auszubehelfen, aber diese Art von Hilfe ärgerte den Ausbruch der akuten Krise nur hinaus und verstärkte unterdessen Österreich in immer größerer Abhängigkeit. Die natürliche Lösung im Verein mit Deutschland wurde gewaltsam verhindert; Frankreich führte mit seinem erfolglosen Angriff auf die Kreditanstalt den Todesstoß gegen die österreichische Wirtschaft. Dieser Zusammenbruch liegt nun bald ein Jahr zurück, und seitdem versucht sich Österreich mit den unglückseligsten Maßnahmen der Selbsthilfe mühsam über Wasser zu halten. Devisenregulierung, Einfuhrbeschränkung, Abstriche im Staatshaushalt, Gebaltskürzungen, Steuer- und Zollerhöhungen haben eine Zeitlang ihre Wirkung getan, aber im Endergebnis das Uebel nicht geheilt, sondern verschlimmert. Denn das einzige Heilmittel, das es gibt, heißt Erweiterung des Absatzmarktes für die Erzeugnisse der österreichischen Wirtschaft.

Aus dieser Lage und Erkenntnis heraus erfolgte am 16. Februar der SOS-Ruf der neugebildeten Regierung Buresch an die europäischen Großmächte: Rettet, heißt, sofort irgendwie dafür, daß uns durch die wirtschaftliche Absterbung im mitteleuropäischen Raum nicht die Lebensluft genommen werde. Die erste Antwort kam von Deutschland. Das Brudervolk wollte tun, was es in seiner eigenen bedrängten Lage überhaupt tun konnte. Es bot Österreich für seine Ausfuhr nach Deutschland Vorzugszölle an — einseitig, an keinerlei Bedingungen geknüpftes Entgegenkommen. In Wien war man darüber hoch erfreut. Man hoffte, daß die anderen Mächte den deutschen Vorschlag billigen und ihm beitreten würden. Aber weit gefehlt! Nicht nur, daß sich niemand zur Nachahmung bereit fand, einige Länder, die mit Deutschland durch Handelsverträge im Verhältnis der Weisbegünstigung stehen, erhoben sogar Widerspruch. Sie verwahrten sich dagegen, daß die österreichische Ausfuhr nach Deutschland künstlicher behandelt werde als ihre eigene. Und als Gegenschlag kam am 3. März nach geheimen Vorbereitungen in Genf der sogenannte Tar dieuplan, der durch zwei Hauptmerkmale von den bisherigen Vorschlägen abwich: er wollte an den Donauländern — bei Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei beginnend, Südbanien und Rumänien dann anschließend — unter Anwendung eines Systems von Vorzugszöllen ein wirtschaftlich selbständiges Gebilde machen, und er überging Deutschland mit Stillschweigen. Bei wirtschaftspolitischen Betrachtung konnte dieser willkürliche Plan nur Kopfschütteln hervorrufen; denn die Zusammenlegung von fünf Staaten, von denen drei (Ungarn, Südbanien und Rumänien) auf die Ausfuhr ihrer hohen Agrarüberschüsse angewiesen sind, während die anderen beiden sich in ihrem landwirtschaftlichen Bedarf selbst genügen, kann keinem helfen. Was die notleidenden Staaten Mitteleuropas brauchen, das ist im Gegenteil der Ausgabel im sozialpolitischen Zusammenschluß mit einer Industriemacht, die im bevorzugten Austausch mit ihren Erzeugnissen den Agrarüberschuss der Donauländer aufnimmt. Und dabei wenden sich eben die Blicke unwillkürlich, gezwungenermaßen, auf Deutschland. So sehr sich auch Sardien bemüht, in seinen Plänen das

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer Seite 13 und 14